



## Protokollauszug zum BETRIEBSAUSSCHUSS TOURISMUS & EVENTS LUDWIGSBURG

am Dienstag, 16.06.2015, 17:36 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Zentraler Ansprechpartner (ZAP)

Vorl.Nr. 226/15

---

### Beratungsverlauf:

Herr **Schumacher** (TELB) gibt anhand der Vorl.Nr. 226/15 einen Erfahrungsbericht über die beim Eigenbetrieb Tourismus & Events Ludwigsburg eingerichtete Funktion des Zentralen Ansprechpartners (ZAP) für Genehmigungsverfahren und die Durchführung von Festveranstaltungen. Weiterhin informiert er über den Budgetabruf für die finanzielle Förderung von Stadtteilfesten, Hallenmieten für die Blumenschmuckwettbewerbe der Obst- und Gartenbauvereine und das damit in Zusammenhang stehende Vorgehen zur Bildung einer zweckgebundenen Rücklage.

Stadträtin **Kreiser** begrüßt die Bildung dieser Rücklage für anstehende Jubiläumsveranstaltungen. Nichtsdestotrotz wurde ihr zugetragen, dass die Vereine mit der organisatorischen Unterstützung bei Weitem noch nicht zufrieden seien. Anhand von Beispielen greift sie wesentliche Kritikpunkte auf und schlägt anschließend eine jährliche Abschlussveranstaltung zur Auswertung der Festsaison vor, bei der man Weiterentwicklungen anstoßen könne.

Stadträtin **Wiedmann** begrüßt die vorgeschlagene Herangehensweise und die Bildung einer Rücklage für diesen Zweck.

Stadträtin **Liepins** erkundigt sich, ob das gesamte Team in die Aufgabe eingebunden sei und inwiefern sich die Aufgabenwahrnehmung aufgrund der jährlichen Durchführung gleichartiger Feste vereinfachen ließe. Darüber hinaus bitte sie um eine Bewertung zur Auskömmlichkeit der Stellenkapazität. Die Anhäufung großer Summen in einer Rücklage könne sie nicht unterstützen, weshalb Anpassungen vorgenommen werden müssten.

Bei der Beantragung sei der Betrag von 25 T€ ein grober Anhaltspunkt für seine Fraktion gewesen, so Stadtrat **Weiss**. Im Zuge der Tätigkeit des ZAP dürfe keine zusätzliche Bürokratie aufgebaut und nicht zuletzt müsse ein gewisses Maß an Fingerspitzengefühl für die Anliegen der Vereine entwickelt werden. Nach seiner Auffassung hätten die Veranstaltungen der Kleintierzüchter einen ähnlichen Wert, weshalb sie ebenfalls von der Förderung profitieren müssten.

Stadtrat **Eisele** äußert eine Rückfrage zu den Servicezeiten des ZAP und regt die Verwendung von Mitteln der Rücklage für das Jubiläum 1200 Jahre Oßweil an.

Stadtrat **Haller** berichtet über seine Erfahrungen bei der Festorganisation und über aufgetretene Schwierigkeiten und Beschränkungen beim Mittelabruf der städtischen Förderung. Als besonders

wertvoll sehe er die Präsentation von Netzwerken aus Sport, Kultur- und Jugendarbeit auf derartigen Veranstaltungen an, für die gegebenenfalls eine höhere finanzielle Unterstützung gewährt werden müsse. Nicht zuletzt solle in Bereichen mit einem hochwertigen Angebot ein deutlich höherer Zuschuss in Betracht gezogen werden.

OBM **Spec** betont den Sonderstatus von Stadtteiljubiläen, die anders als die traditionellen Stadtteilstädte behandelt würden.

Herr **Schumacher** beantwortet die aufgetretenen Fragen und geht auf angesprochene Punkte ein. So könne der ZAP ausschließlich koordinative Aufgaben übernehmen und nicht die Fachkompetenz der im Einzelfall zuständigen Ämter ersetzen. Im ersten Jahr verzeichne sein Bereich im Zusammenhang mit den neuen Abläufen des ZAP einen erhöhten Aufwand, welcher sich in den Folgejahren aufgrund eingespielter Abläufe und zusätzlicher Erfahrungswerte relativieren dürfte. Den Hinweis einer Abschlussveranstaltung nach der Festsaison ggf. in Form eines runden Tisches nehme er gern auf.

TOP 2

Parteilpolitische Beiträge beim  
Pferdemarktumzug  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.2015

Vorl.Nr. 211/15

---

### Beratungsverlauf:

Eingangs begründet Stadtrat **Herrmann** den Antrag seiner Fraktion, Vorl.Nr. 211/15. Von Seiten der CDU-Fraktion bestünden keine Bedenken hinsichtlich einer Beteiligung politischer Parteien am Pferdemarktumzug, wenn diese sich an das verabschiedete Konzept hielten. Das vorgegebene Generalthema müsse beachtet und auf parteipolitische Beiträge verzichtet werden. Im Übrigen bitte er darum aufzuzeigen, wie zukünftig von der Grundkonzeption des Umzugs abweichende Beiträge vermieden werden.

Dem entgegnet Stadtrat **Haller**, welcher die Anmeldung formal vorgenommen hat, man habe als engagierte Bürger ein Thema aufgegriffen, welches unsere Gesellschaft seit Monaten bewege und dies in künstlerischer Art und Weise mit einem passenden Motiv zum Umzug präsentiert. Er betrachte dies als Beitrag der aktiven Bürgergesellschaft zum guten Gelingen und als eine Bereicherung für den Umzug. Die daraus entstandene Aufregung bewerte er als völlig unangemessen, darüber hinaus müsse der Umzug für derartige Beiträge geöffnet werden.

Stadträtin **Deetz** kann sich dem anschließen. Sie sehe einen Beitrag mit einem übergreifenden Thema in gleicher Weise als unkritisch an.

Für einen zukünftigen Verzicht plädiert Stadtrat **Eisele**, da das Thema TTIP thematisch nicht passend sei und der Umzug über keine politische Grundausrichtung verfüge.

Herr **Schumacher** führt aus, weshalb es innerhalb der Prüfung der Beiträge zum Umzug zu einer derartigen Abweichung kommen konnte. Nachdem das Gremium zur Prüfung der angemeldeten Beiträge diesen abgelehnt habe, sei versäumt worden, dies an den Anmelder zu kommunizieren. Generell wünsche man keine politischen Statements innerhalb des Umzugs.

Im Rahmen einer kurzen Diskussion wird deutlich, dass politische Botschaften und Themen, welche auch durch Fahnen von politischen Parteien symbolisiert würden, nicht zum Umzug gehörten. An der kostenintensiven Erarbeitung des Konzepts für den Pferdemarktumzug wolle man dennoch keine Änderungen vornehmen und die bisherige Praxis einer historischen Aufarbeitung der Stadtgeschichte im Fokus behalten. Letztendlich findet diese Vereinbarung die Zustimmung der Ausschussmitglieder. Der Antrag der CDU-Fraktion, Vorl.Nr. 211/15, ist mit der Beratung erledigt.

